

Stadt Bitterfeld-Wolfen
Rathausplatz 1
06766 Bitterfeld-Wolfen

Sitzungsni ederschrift

Der Ausschuss für Recht, Ordnung, Verkehr und Bürgeranfragen führte seine 15. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Dienstag, dem 01.06.2021 in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Stadt Wolfen, Rathausplatz 1, Rathaus, 2. Etage, Konferenzraum von 18:00 Uhr bis 19:40 Uhr durch.

Teilnehmerliste

stimmbe rechtigt:

Vorsitz

Daniel Roi

Mitglied

Daniel Backes

i. V. für Herrn Hermann

Dr. Joachim Gülland

Uwe Müller

Detlef Pasbrig

Peter Schenk

Sachkundige Einwohner

Peter Engelhardt

Marius Kühne

Mathias Liesche

Helga Soltész

Gerd Theuerkauf

Mitarbeiter der Verwaltung

Rolf Hülßner

Leiter Ordnungsamt

Markus Molzahn

SB Öffentliche Anlagen

Bernhild Neumann

SBL Recht

Carola Reinsch

SBL Verkehr

Dirk Weber

Leiter für Bau und Kommunalwirtschaft

Gäste

Amy-Marie Bock

Stadträtin

André Krillwitz

Fraktion Pro Wolfen

abwesend:

Mitglied

Klaus-Ari Gatter

Siegmar Herrmann

Sachkundige Einwohner

Markus Praczyk

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Dienstag, den 01.06.2021, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.

Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

Bestätigte Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit	
2	Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
2.1	Abstimmung über die Niederschriften vom 27.04.2021 sowie 29.04.2021	
3	Einwohnerfragestunde	
4	Fußgängerüberweg Dessauer Allee OT Stadt Wolfen BE: Fraktion Pro Wolfen	Beschlussantrag 103-2021
5	Parksituation Reudener Straße OT Stadt Wolfen BE: Fraktion Pro Wolfen	Beschlussantrag 104-2021
6	Verbesserung der Sauberkeit im Stadtgebiet/zunehmende Vermüllung - Stand geplante/bereits ausgegebene Haushaltsmittel BE: Amt für Bau und Kommunallwirtschaft	
7	Mitteilungen, Berichte, Anfragen	
8	Schließung des öffentlichen Teils	

<p>zu 1</p>	<p>Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit</p> <p>Der Ausschussvorsitzende, Herr Roi, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit mit 6 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern und 5 sachkundigen Einwohnern fest.</p> <p>Herr Praczyk gilt als entschuldigt.</p>	
<p>zu 2</p>	<p>Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung</p> <p>Herr Roi beantragt, den TOP 3 (Abstimmung über die Niederschriften vom 27.04.2021 sowie 29.04.2021) von der Tagesordnung zu nehmen, da vorgenannte Schriftstücke bis dato noch nicht verteilt werden konnten. Die Gremienmitglieder stimmen dieser Verfahrensweise zu. Im Anschluss stellt der Ausschussvorsitzende die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig mit Änderungen beschlossen</p>	<p>Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p>zu 2.1</p>	<p>Abstimmung über die Niederschriften vom 27.04.2021 sowie 29.04.2021</p> <p style="text-align: right;">von der Tagesordnung genommen</p>	
<p>zu 3</p>	<p>Einwohnerfragestunde</p> <p>Es liegen keine Einwohnerfragen vor.</p>	
<p>zu 4</p>	<p>Fußgängerüberweg Dessauer Allee OT Stadt Wolfen BE: Fraktion Pro Wolfen</p> <p>Herr Backes gibt umfangreiche Erläuterungen zum BA 103-2021.</p> <p>Herr Hülßner geht auf die Stellungnahme der Verwaltung zum vorliegenden BA ein. Er verweist darauf, dass eine Handlungsfähigkeit des Stadtrates hier nicht gegeben ist. Seines Erachtens nach müsste erst einmal ein Prüfauftrag gestellt werden, um dann durch die Verwaltung ermitteln zu können, wie dieser Bereich verändert werden kann. Erst nach Vorliegen der geänderten Voraussetzungen könnte die Straßenverkehrsordnung wunschgemäß angewendet werden. Mit dem vorliegenden BA ist die Anwendung der StVO nicht möglich.</p> <p>Herr Pasbrig berichtet über die in der Vergangenheit bereits erfolgten Anstrengungen zur Lösung dieses Problems. Aus diesem Grund bittet er den Einreicher des BA, diesen neu zu formulieren.</p> <p>Herr Engelhard schließt sich den Worten von Herrn Pasbrig an. Zudem verweist er auf den § 45 der StVO. Da der einst errichtete Fußgängerüberweg auf Anordnung rückgebaut werden musste, sollten nunmehr im zweiten Anlauf erst einmal alle Fakten geprüft werden, um hier eine rechtlich tragbare Lösung zu finden.</p> <p>Herr Dr. Gülland regt an, gemeinsam mit der Verwaltung eine mögliche Variante zu erarbeiten (ggf. über einen Prüfauftrag). Er teilt mit, dass er die</p>	<p>Beschlussantrag 103-2021</p>

	<p>Bedingungen zur Errichtung eines Fußgängerüberweges im aktuellen BA als nicht gegeben sieht.</p> <p>Herr Krillwitz verweist auf einen ähnlichen mit der Verwaltung abgestimmten Beschlussantrag aus dem Jahr 2017, der analog formuliert wurde und teilt diesbezüglich sein Unverständnis zur jetzigen Stellungnahme der Verwaltung mit.</p> <p>Herr Müller nimmt Bezug auf das Schriftstück der Verwaltung zum BA 103-2021 und die Aussage von Herrn Hülßner, der eine mögliche Lösung bereits aufgezeigt hat. Er regt an, künftige Stellungnahmen durch die Verwaltung so auszurichten, dass sie mit entsprechenden Vorschlägen zur Lösungsfindung beitragen.</p> <p>Herr Kühne verweist auf die Januar-Sitzung des ROVB-Ausschusses, in der er die Verwaltung gebeten hat, die Möglichkeit der Errichtung eines Fußgängerüberweges in der Dessauer Allee zu prüfen. Er informiert über die diesbezügliche Antwort des Fachamtes, welches seinerzeit mitteilte, dass eine Anordnung aufgrund fehlender Grundlagen nicht gegeben ist.</p> <p>Frau Reinsch geht noch einmal auf die Formulierung im BA 103-2021 ein und verweist auf den § 26 der StVO und die hier getroffenen Richtlinien. Sie schlägt vor, einen Prüfauftrag zur sicheren Querung der Fußgänger in diesem Bereich an die Verwaltung zu stellen, bei dem unterschiedliche Möglichkeiten in Betracht kommen könnten.</p> <p>Herr Hülßner unterstreicht, dass hier für eine Lösung mehrere Möglichkeiten bestehen. Die Empfehlung von Frau Reinsch könnte die Grundlage hierzu bilden. Zudem sind umfassende Abstimmungen/Klärungen hierzu nötig.</p> <p>Herr Dr. Gülland regt beim Einreicher an, bis zum Stadtrat eine mögliche Formulierung des BA gemeinsam mit der Verwaltung zu finden. Dieser Vorschlag wird von Herrn Krillwitz befürwortet.</p> <p>Herr Pasbrig empfiehlt die Überarbeitung des BA. Er regt an, diesen erst in der nächsten ROVB-/StR-Sitzung einzubringen, da er dem BA in vorliegender Form nicht zustimmen kann.</p> <p>Herr Krillwitz sagt zu, den BA gemeinsam mit der Verwaltung bis zum Stadtrat am 09.06.2021 inhaltlich anzupassen, damit eine Behandlung in diesem Gremium hinsichtlich einer Lösungsfindung erfolgen kann.</p> <p>Herr Schenk beantragt, den BA lediglich zur Kenntnis zu nehmen. Die Ausschussmitglieder sprechen sich einstimmig für diese Verfahrensweise aus.</p> <p>Abschließend teilt Herr Roi mit, dass hinsichtlich des BA 103-2021 keine Abstimmung im ROVB-Ausschuss erfolgt und der BA lediglich vom Gremium zur Kenntnis genommen wird.</p> <p style="text-align: right;">zur Kenntnis genommen</p>	
zu 5	<p>Parksituation Reudener Straße OT Stadt Wolfen BE: Fraktion Pro Wolfen</p> <p>Herr Krillwitz informiert umfangreich über den BA 104-2021. Er verweist</p>	<p>Beschlussantrag 104-2021</p>

auf die zahlreichen Einwohner der Reudener Straße, die ihren Unmut zur Lärmbelästigung erneut kundgetan und aus ihrer Sicht mögliche Lösungen aufgezeigt haben.

Herr Roi teilt mit, dass der BA durch den OR Wolfen einstimmig empfohlen wurde. Er verweist zudem auf die Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Hülßner informiert darüber, dass durch das Amt für Stadtentwicklung und Strukturwandel mitgeteilt wurde, dass in der Reudener Straße das Entfernen des Pflasters in Verbindung mit dem Auftragen eines Dünnschichtüberzuges nicht möglich ist. Ein zusätzlicher Dünnschichtüberzug wäre jedoch denkbar und würde der Verringerung des Lärmes dienen.

Frau Reinsch nimmt Bezug auf den BA und das vorliegende Lärmschutzgutachten und teilt mit, dass der BA in der gegebenen Form nicht umsetzbar ist. Sie verweist auf die vorhandenen sicheren Wege für die Schüler über die Krondorfer Straße. Ein wechselseitiges Parken würde kontraproduktiv hinsichtlich des Lärmes wirken. Zudem geht sie auf die verschiedenen Varianten zur Aufbringung einer DSK-Schicht ein. **Herr Roi** bittet diesbezüglich, die Vergleiche der Niederschrift beizufügen (siehe Anlage 2).

Redaktionelle Zuarbeit SB Verkehr:

Die in der beigelegten Anlage 2 enthaltenen Kosten sind nicht mehr aktuell. Nach Rücksprache mit Herrn Guffler, der die Zahlen freigegeben hat, ist zum heutigen Stand mit ca. 20 % bis 30 % Aufschlag zu rechnen.

Herr Weber teilt seine Bedenken hinsichtlich der Aufbringung einer Dünnschicht mit. Er hält einen grundhaften Ausbau für sinnvoll. Welche weiteren Möglichkeiten der Lärminderung, wie im BA vorgeschlagen, bestehen, vermag er nicht einzuschätzen.

Herr Engelhardt empfiehlt, die derzeitige Befahrung dieser Straße durch den Schwerlastverkehr zu prüfen und verweist auf eine mögliche Aktivierung des Ackerweges für diese Fahrzeuge. Auch er sieht die Aufbringung einer Dünnbettbeschichtung als ungeeignet an. Er favorisiert ebenfalls einen grundhaften Ausbau.

Herr Pasbrig teilt diesbezüglich mit, dass zuerst der grundhafte Ausbau der Krondorfer Straße erfolgen muss und begründet dies entsprechend. Zudem spricht er sich für das Beseitigen der Bodenwellen in der Reudener Straße aus. Den Ausbau des Wirtschaftsweges zwischen den Ortsteilen Reuden und Thalheim sieht er aus Kostengründen als ungeeignet an.

Herr Schenk geht auf die Gespräche mit den Anwohnern der Reudener Straße/Friedensallee ein und schlägt vor, die Anordnung einer Einbahnstraße über die Friedensallee Richtung Reudener Straße (bis zur Turmpassage) durch die Verwaltung zu prüfen. **Herr Pasbrig** verweist bei dieser Möglichkeit auf das dann erhöhte Verkehrsaufkommen für die Krondorfer Straße. **Herr Schenk** regt an, den BA 104-2021 entsprechend umzuformulieren (Prüfauftrag) und die Prüfung der Anordnung einer Einbahnstraße dabei als Lösungsmöglichkeit entsprechend einzubeziehen.

	<p><u>Redaktionelle Zuarbeit SB Verkehr:</u> <i>Herr Schenk wurde im ROVB-Ausschuss bereits darauf hingewiesen, dass es sinnvoll ist, die Verkehrssituation des gesamten Wohngebietes Krondorf zu prüfen. Der BA könnte sich durchaus darauf beziehen.</i></p> <p>Frau Reinsch spricht sich ebenfalls für eine geänderte Formulierung des BA aus. Zumal sollte hier nicht nur die Reudener Straße, sondern das gesamte Verkehrsaufkommen/Wohngebiet betrachtet werden.</p> <p>Herr Krillwitz teilt mit, dass er einer Änderung der Formulierung aufgeschlossen gegenübersteht. Zudem verweist er auf die Möglichkeit einer Aufpflasterung im vorhandenen Tempo 30-Bereich. Er teilt mit, dass er sich hinsichtlich der Formulierung bis zum Stadtrat am 09.06.2021 nochmals mit dem Fachamt abstimmen wird.</p> <p>Herr Schenk beantragt, den BA 104-2021 im ROVB-Ausschuss lediglich zur Kenntnis zu nehmen. Eine Entscheidung erfolgt mit geändertem Inhalt dann im Stadtrat am 09.06.2021. Die Ausschussmitglieder sprechen sich einstimmig für diesen Vorschlag aus.</p> <p>Herr Roi teilt abschließend mit, dass der ROVB-Ausschuss den BA 104-2021 somit lediglich zur Kenntnis nimmt und eine Abstimmung hierzu nicht erfolgt.</p> <p style="text-align: right;">zur Kenntnis genommen</p>	
zu 6	<p>Verbesserung der Sauberkeit im Stadtgebiet/zunehmende Vermüllung - Stand geplante/bereits ausgegebene Haushaltsmittel BE: Amt für Bau und Kommunallwirtschaft</p> <p>Herr Weber gibt eine kurze Einführung zum Thema und verweist diesbezüglich auf die jeweiligen Verantwortlichkeiten (Stadt Btf-Wo./Landkreis ABI).</p> <p>Herr Mohlzahn geht auf die legalen/illegalen Müllablagerungen sowie den Vandalismus im Stadtgebiet ein. Er informiert über die täglichen Kontrollen des Ordnungsamtes und die hier eingeleiteten Maßnahmen. Die Stadt ist bemüht, im Rahmen der Gefahrenabwehr den Müll umgehend zu beseitigen. Er verweist auf die stetige Erhöhung der Entsorgungsaufwendungen über die Jahre (Jahr 2016: 65 T€, Jahr 2020: 100 T€). Des Weiteren informiert er über die Anzahl der Papierkörbe (derzeit 807 Stck), die teilweise täglich (in den OT Stadt Bitterfeld und Stadt Wolfen) bzw. wöchentlich (in den weiteren Ortsteilen) geleert werden. Im Jahr 2020 lagen die Kosten für die Beseitigung des Mülls bei 186 T€. Im Jahr 2021 wird an den Samstagen, Sonntagen sowie Feiertagen an den Schwerpunkten Goitzsche sowie in der Bitterfelder Innenstadt eine zusätzliche Entsorgungsrunde realisiert, um die Sauberkeit im Stadtgebiet zu verbessern.</p> <p>Herr Roi gibt Anmerkungen über einen beauftragten Erlass/eine Anordnung durch den Landtag Sachsen-Anhalt. Dieser sieht vor, dass im Rahmen der Gefahrenabwehr der afrikanischen Schweinepest die Kommunen eine tägliche Leerung der Papierkörbe/Müllbehälter vornehmen sollen. Er erfragt, ob der Verwaltung dieser Erlass/diese Anordnung bekannt ist. Dies wird durch Herrn Weber verneint. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die dann notwendigen zusätzlichen Finanzmittel.</p> <p>Herr Schenk nimmt Bezug auf den Bürgermelder und spricht ein Lob an die</p>	

	<p>Verwaltung bezüglich der umgehenden Abarbeitung/Müllbeseitigung aus. Zudem verweist er auf das Abfallwirtschaftsamt des LK ABI und erfragt, wer die Verantwortlichkeiten für die Beseitigung festlegt und nach welchen Prämissen dies erfolgt. Wird das Abfallwirtschaftsamt des LK ABI hier kostenseitig eingebunden? In Beantwortung dessen teilt Herr Hülßner mit, dass die Stadt bei Kenntnisnahme über die Müllablagerung umgehend eine Beseitigung einleitet. Grundsätzlich ist jedoch für den Müll die untere Abfallbehörde zuständig. Die Stadt hat jedoch als Grundstückseigentümerin die Pflicht, eine umgehende Beräumung vorzunehmen.</p> <p>Herr Schenk erfragt, ob der Müll entsprechend nach Hinweisen durchsucht wird. Dies wird durch Herrn Hülßner bejaht. Er verweist hierzu auf die umfangreiche Berichterstattung im ROVB-Ausschuss am 09.12.2020.</p> <p>Herr Pasbrig spricht die zunehmende Vermüllung im Stadtgebiet an und regt mehr Kontrollen an bestimmten Schwerpunkten an. Es sollte auch über andere Möglichkeiten nachgedacht werden (bspw. Beauftragung Mülldetektive).</p> <p>Herr Schenk schlägt vor, regelmäßig im Amtsblatt bzw. in den sozialen Medien über die Misere mit Fotos zu berichten (bspw. nach Feierlichkeiten an der Goitzsche etc.), um an das Verantwortungsbewusstsein der Bürger zu appellieren bzw. zur Meldung aufzurufen. Zudem informiert er über die Arbeit der Abfallberater in zahlreichen Landkreisen, die in die Kitas, Schulen, Betriebe etc. gehen und vor Ort zum Thema sensibilisieren. Ihm ist jedoch nicht bekannt, ob es eine diesbezügliche Stelle im LK ABI bzw. bei der hier ansässigen Abfallwirtschaft gibt. Er regt an, hier als Stadt präventiv tätig zu werden.</p> <p>Herr Engelhardt erfragt, in welcher Höhe Gelder aus dieser Problematik (eingenommene Bußgelder durch den LK ABI) vom Landkreis an die Stadt zurückfließen. Hier sieht er zur Kostenminimierung/-deckung für die Stadt ein großes Potential. Herr Hülßner teilt daraufhin mit, dass aufgrund der Zuständigkeiten keine diesbezüglichen Einnahmen durch den Landkreis ABI für die Stadt Btf.-Wo. zu erwarten sind.</p> <p>Herr Roi informiert darüber, dass er sich aufgrund der bestehenden Pandemie in Abstimmung mit dem Oberbürgermeister geeinigt hat, dieses Problem vorerst in kleiner Runde (ohne die zuständigen Vertreter des LK ABI) zu behandeln.</p>	
<p>zu 7</p>	<p>Mitteilungen, Berichte, Anfragen</p> <p>Der aktuelle Stand per 31.05.2021 zur geplanten Beschaffung Technik/Ausrüstung/Fahrzeuge für das Jahr 2021 für alle Wehren liegt der Niederschrift als Anlage bei (Anlage 1).</p> <p>Bezüglich der Anfrage von Herrn Engelhardt aus dem ROVB-Ausschuss 27.04.2021 zur Beseitigung der Schäden an den Parkflächen vor der Neuen Reihe 25 – 27 teilt Herr Weber mit, dass die Baumaßnahme im Reparaturplan aufgenommen wurde. Die Realisierung erfolgt im II. Quartal 2021, spätestens jedoch im Juli 2021.</p> <p>Herr Roi informiert über die Begehung der Feuerwache Wolfen-Altstadt durch die ROVB-Ausschussmitglieder. Bis Ende September 2021 soll durch</p>	

die Verwaltung ein Grobkonzept bezüglich der Zusammenlegung der beiden Wolfener Wehren an einem der vorhandenen Standorte vorgelegt werden bzw. soll die Verwaltung prüfen, ob dies überhaupt möglich ist. Zudem teilt er mit, dass die Verwaltung bereits angekündigt hat, in der nächsten ROVB-Sitzung am 13.07.2021 entsprechende Zahlen, Daten und Fakten hierzu vorzulegen. Hinsichtlich der Anfrage von **Herrn Engelhardt** teilt **Herr Hülßner** mit, dass die Auswertung der Feuerwehrunfallkasse Bestandteil des Grobkonzeptes ist und dem ROVB-Ausschuss somit zur Kenntnis gelangen wird.

Herr Roi gibt bekannt, dass Herr D. Krillwitz bei der Begehung Fragen zur Elektrik, zum Fußboden, zur Nachnutzung der Räumlichkeiten sowie zur Absicherung zur Ausrückung der Drehleiter gestellt hat.

1. Wie hoch ist die Kostenschätzung der Feuerwehrunfallkasse (FUK) hinsichtlich der Elektrik und des Fußbodens?
2. Gibt es bereits eine vorgesehene Nachnutzung der Räumlichkeiten, wo derzeit das Personal untergebracht ist bzw. welche Nachnutzung ist für das gesamte Gebäude vorgesehen? Soll das Grundstück/Gebäude evtl. veräußert werden, laufen hier bereits Gespräche?
3. Ist das Ausrücken der Drehleiter an den Werktagen und an den Wochenenden gesichert?

Redaktionelle Zuarbeit SB Brand-/Bevölkerungsschutz:

zu 1.: Die Kostenschätzung hinsichtlich der Mängelbeseitigung zur Elektrik wurde durch das Bauamt vorgenommen. Die Kostenschätzung hinsichtlich der Mängelbeseitigung zum Boden der Fahrzeughalle wurde durch LAS Baubüro GmbH erstellt. Die Kostenschätzungen werden dem ROVB zur nächsten Sitzung zur Verfügung gestellt.

zu 2.: Dem Bereich Brand-/Bevölkerungsschutz sind aktuell noch keine Nachnutzungsabsichten Dritter bekannt geworden. Ob ein Verkauf beabsichtigt ist oder es hierzu schon Gespräche gibt, ist nicht bekannt. Abstimmungen hierzu machen aber sicher erst Sinn, wenn der Stadtrat dem Grobkonzept zum Beschluss 053-2021 folgt.

zu 3. Nach Aussage des Stadtwehrleiters ist das Ausrücken der Drehleiter an den Werktagen tagsüber aktuell nur durch die Anwesenheit der hauptamtlichen Einsatzkräfte abgesichert. In den Abendstunden und am Wochenende kann die Drehleiter im Regelfall durch die Löscheinheit Altstadt abgesichert werden.

Zudem teilt er mit, dass Fragen bezüglich der Wehren auch in der ROVB-Sitzung am 13.07.2021 geklärt werden können.

Er informiert darüber, dass in der Dessauer Allee in der Nähe der Bushaltestelle (in Richtung Markt schauend) eine Fläche mit Kleinpflaster verlegt wurde (Fläche von 5,50 m x 1,50 m). Aus dieser Fläche sind Steine rausgebrochen/abgesunken, sodass hier eine Unfallgefahr und somit dringender Handlungsbedarf besteht. Er regt an, diese kleine Fläche komplett zu entfernen und durch glattes Pflaster zu ersetzen (hinsichtlich der älteren Bürgerschaft und des Befahrens der Flächen mit Rollatoren). Er selbst habe bereits den Sturz einer älteren Dame an dieser Stelle miterlebt.

Redaktionelle Zuarbeit Amt für Bau und Kommunalwirtschaft:

Der Vorgang wurde geprüft und kann bestätigt werden. Resultierend daraus ist es vorgesehen, Natursteinpflasterflächen gegen Betonrechteckpflaster auszutauschen.

Herr Kühne erfragt, ob es möglich wäre, eine ROVB-Ausschusssitzung mit dem alleinigen Schwerpunkt Verkehr/Unfallschwerpunkte gemeinsam mit den verantwortlichen Fachbereichen und Vertretern des Polizeireviers Anhalt-Bitterfeld durchzuführen. Diesbezüglich teilt **Herr Roi** mit, dass der Ausschuss einmal jährlich die Unfallstatistik/Unfallschwerpunkte und diesbezügliche Ordnungswidrigkeiten im Stadtgebiet behandelt, bei der Vertreter des Reviers für Fragen und Hinweise zur Verfügung stehen. Im Arbeitsplan für das Jahr 2021 wurde festgelegt, dies in der ROVB-Sitzung am 12.10.2021 als TOP zu behandeln.

Herr Pasbrig bezieht sich auf den kürzlich erfolgten tödlichen Verkehrsunfall auf der Kreuzung Thalheimer Str./Damaschkestraße. Da dies bereits der zweite Unfall dieser Art in diesem Jahr im Stadtgebiet ist, sollte die Thematik ebenso in der ROVB-Sitzung im Oktober 2021 diskutiert werden. Er regt an, einen verantwortlichen Vertreter des Landkreises Anhalt-Bitterfeld mit einzuladen, um hier gemeinsam nach Möglichkeiten zu suchen, Ampelbereiche für Radfahrer sicherer zu gestalten. Er verweist auf die Zielsetzung fahrradfreundliche Stadt.

Herr Schenk bezieht sich auf den privaten Fußweg hinter dem Sozialkaufhaus. Dieser ist nur schwerlich mit einem Rollator zu befahren. Er teilt mit, dass er bereits zur Einwohnerversammlung dieses Problem angesprochen hat und ihm durch die Verwaltung mitgeteilt wurde, dass der Eigentümer eine Behebung des Problems bis April 2021/spätestens jedoch bis Mai 2021 zugesagt hat. Dies ist jedoch bis dato leider nicht erfolgt. Aus diesem Grund bittet er noch einmal das Fachamt, den Abarbeitungsstand vom Eigentümer des Weges abzufragen.

Redaktionelle Zuarbeit SB Allgemeine Ordnung/Gewerbe:

Überprüfung bezüglich eines Gehwegschadens in der Straße der Republik (Stirnseite Sozialkaufhaus) ist im Oktober 2020 erfolgt.

Information der Hausverwaltung, dass Sanierung des Weges beauftragt wurde (früheste Realisierung April / Mai 2021).

Sachverhalt steht unter laufender Nachkontrolle (nächste NK Juni 2021), erneute Aufforderung an Hausverwaltung zur Sanierung des Weges.

Zudem geht er auf die kommende Wahl am 06.06.2021 und das Wahllokal Grundschule Steinfurth ein. Er regt an, dass man aufgrund von Hinweisen älterer Bürgerinnen und Bürger, die mehrfach bereits an ihn herangetragen

	<p>wurden, eine bessere fußläufige Erreichbarkeit des Wahllokales überdenken sollte, evtl. über Überweg Comeniusstraße (Nähe Edeka), da ansonsten aus dem WK 1 erhebliche Umwege in Kauf genommen werden müssten. Er bittet die Verwaltung um eine schnelle Lösung. Denkbar wäre auch eine Beschilderung am Scharzen Weg. In Bezug dessen weist Herr Pasbrig darauf hin, dass zudem in diesem Gebiet keine Parkmöglichkeiten vorhanden sind. Herr Backes informiert, dass der betreffende Bauabschnitt voraussichtlich bis 03.06.2021 fertiggestellt sein wird und der Baufortschritt diesen Termin auch zulässt. Er schlägt vor, den Abschnitt zumindest bis zur Kreuzung zu öffnen.</p> <p>Herr Dr. Gülland nimmt Bezug auf die Anregung von Herrn Kühne und bittet darum, dass man bezüglich des Unfallgeschehens in der Stadt vorausschauend handeln sollte. Hierzu ist es seines Erachtens wichtig, die Oktober-Sitzung des ROVB-Ausschusses besser publik zu machen, um zu erreichen, dass sich möglichst viele Bürger zu diesem Thema mit ihren Erfahrungen einbringen.</p> <p>Herr Roi erinnert an die Prioritätenliste zum Rad- und Gehwegekonzept und erfragt, wann diese vorliegt. Hier sollten alle Geh- und Radwege im Stadtgebiet analysiert werden, um danach eine entsprechende Priorisierung vornehmen zu können. Bisher wurde von der Stadt lediglich auf ein diesbezügliches Konzept verwiesen.</p> <p><i><u>Redaktionelle Zuarbeit SB Stadtplanung/GIS:</u></i> <i>Das Radverkehrskonzept wurde bereits verabschiedet.</i></p> <p><i><u>Redaktionelle Zuarbeit SB Hoch-/Tiefbau:</u></i> <i>Die Erstellung des Gehwegkonzeptes wurde im Amt für Bau und Kommunalwirtschaft begonnen. Durch massive personelle Probleme im Sachbereich Hoch-/Tiefbau wurden diese Arbeiten jedoch unterbrochen und noch nicht wieder aufgenommen.</i></p>	
zu 8	<p>Schließung des öffentlichen Teils</p> <p>Der Ausschussvorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:40 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.</p>	

gez. Daniel Roi
Ausschussvorsitzender

gez. Peggy Ulrich
Protokollantin